

FDP Fraktion, Bornheim Servatiusweg 19-23, 53332 Bornheim

Herrn
Bürgermeister Christoph Becker
Vorsitzender des Rates der Stadt Bornheim
Rathausstraße 2
53332 Bornheim

Bornheim, 24. März 2024

Elisa Färber
Fraktionsgeschäftsführerin

FDP Fraktion Bornheim
Servatiusweg 19-23
Haus B 3. OG
53332 Bornheim

fraktion@fdp-bornheim.de
www.fdp-bornheim.de

T: 0 22 22 99 56 355

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die FDP-Fraktion bittet um Aufnahme des folgenden Antrags auf die Tagesordnung des kommenden Haupt- und Finanzausschuss zu nehmen:

Interkommunale Zusammenarbeit der linksrheinischen Kommunen Alfter, Bornheim, Meckenheim, Rheinbach, Swisttal und Wachtberg

Der Ausschuss möge beschließen:

- 1) Die Verwaltung prüft die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit mit den linksrheinischen Kommunen Alfter, Bornheim, Meckenheim, Rheinbach, Swisttal und Wachtberg. Bei der Prüfung sollen insbesondere folgende Aufgaben einbezogen werden:
 - a) der inneren Verwaltung: Finanzwirtschaft, Sicherheit- und Ordnung, Gebäude und Liegenschaftsmanagement, Bauleitplanung, Datenverarbeitung und Personal
 - b) Aufgaben der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt nach einer ersten internen Bestandsaufnahme Sondierungsgespräche mit den anderen

linksrheinischen Kommunen zu führen, gemeinsame Handlungsvorschläge zu erarbeiten inwiefern mögliche Maßnahmen zum Ausbau interkommunaler Zusammenarbeit, mit welcher Priorität durchgeführt werden können und diese den jeweiligen Fachausschüssen zur Beratung vorzulegen.

- 3) In diesem Zusammenhang soll weiterhin geprüft werden, inwiefern Fördermöglichkeiten für interkommunale Zusammenarbeit oder Projekte bestehen, beispielsweise Fördermittel aus dem Förderprogramm IKZ NRW.

Begründung:

In Zeiten besonders angespannter Haushaltslagen, des demografischen Wandels und daraus resultierendem Fachkräftemangel, von denen alle Kommunen betroffen sind, ist die interkommunale Zusammenarbeit entscheidend für effiziente und zukunftsorientierte Gestaltung der öffentlichen Verwaltung. Der Antrag zielt darauf ab, gemeinsame Herausforderungen zu meistern, Ressourcen zu bündeln sowie den Wissens- und Erfahrungsaustausch zu fördern. Die gemeinsame Nutzung von Infrastruktureinrichtungen und Fachwissen kann Kosten minimieren und somit einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Es ist daher ein Gebot der Stunde, dass neben bereits bestehenden interkommunalen Projekten weitere Möglichkeiten ausgelotet und umgesetzt werden. Ein bedeutendes Instrument hierbei sind interkommunale Dienstleistungszentren, sogenannte Shared-Service-Center (SSC), die es ermöglichen, durch spezialisierte Fachkräfte in Kommunalverwaltungen administrative Tätigkeiten und Dienstleistungen zentral zu bündeln und so die Effizienz und Qualität der öffentlichen Verwaltung zu steigern.

Mit freundlichen Grüßen
Matthias Kabon und Fraktion